

# Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim Mai/Juni 2021, 31. Jahrg.



## Hoffnung auf Patentfreigabe

Das war der Mai 2021: Arbeitsgericht Eberswalde.  
LINKE: Kinder und Jugendliche impfen. Und: „Geschenke für Hohenzollern?“

OW-Beitrag/bc

Die politischen Entscheidungen im Mai haben es wieder in sich gehabt. Gleich zweimal gab es von der Brandenburger Landesregierung eine Ohrfeige für Themen, die sich die LINKEN auf die Fahnen geschrieben hatten: Am 20. Mai beschloss der Landtag die Streichung mehrerer Arbeitsgerichte in Brandenburg. DIE LINKE hatte sich vehement für deren Erhalt eingesetzt, um Arbeitnehmer:innen den relativ wohnortnahen Zugang bei (auch geringen) Streitfällen mit Arbeitgeber:innen zu ermöglichen. In Eberswalde soll es zwar nun eine Außenkammer geben. „Das ist zwar besser als der ursprüngliche Plan“, kommentiert Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag, „weil im Barnim ursprünglich auch nur noch Gerichtstage statt finden sollten, aber für das Land insgesamt ist es ein Armutszeugnis.“ (Mehr auf Seite 6).

Statt dessen stimmte die die CDU/SPD/Grünen-Koalition im Landtag ebenfalls am 20. Mai gegen die von den LINKEN initiierte Volksinitiative „Keine Geschenke den Hohenzol-

lern“. Dennoch habe es in der Sache viel Bewegung gegeben, meinen die Landesvorsitzenden der LINKEN Brandenburg, Anja Mayer und Katharina Slanina: „Es zeichnet sich ab, dass wir unser wesentliches Ziel erreicht haben: weitere Verhandlungen mit dem Haus Hohenzollern soll es nicht geben – und damit auch keine Geschenke der öffentlichen Hand.“ Allerdings werden die gerichtlichen Verfahren zu den Entschädigungsforderungen der Hohenzollern im August fortgesetzt. Wie sich das Land dann dazu verhält, wird spannend werden.

Gute Nachrichten kommen statt dessen aus Brüssel: Am 19. Mai stimmte eine Mehrheit der EU-Abgeordneten für einen Antrag der Linksfraktion, die Patentrechte auf Corona-Impfstoffe in der Zeit der Pandemie auszusetzen. „Damit entschied das Parlament gegen die überwiegende Zahl der Abgeordneten von Konservativen, Liberalen und Rechten, die eine Patentfreigabe ablehnen“, kommentierte Abgeordneter Helmut Scholz von der Fraktion „The Left“. Im Juni wird das Europa-Parlament nun grundsätzlich zur Patentfreigabe auf Covid-19-Impfstoffe,

Technologie- und Know-how-Weitergabe entscheiden. (Mehr auf Seite 7).

Für möglichst baldige Impfbefugnisse für Kinder sprach sich Ronny Kretschmer (LINKE) am 19. Mai im Landtag aus, sobald der Impfstoff zugelassen sei. Zur Impfskepsis der AfD platzte ihm der Kragen: „Ich erinnere gern daran, dass in Zeiten, als in der DDR schon flächendeckend gegen die Kinderlähmung geimpft wurde, Kinder in der Bundesrepublik noch dauerhaft an die eiserne Lunge angeschlossen wurden. Diese Impfskepsis hat sehr viel Leid verursacht. Wenn es nach der AfD geht, wären in Deutschland Kinderlähmung, Pocken, Diphtherie und andere Krankheiten nicht ausgerottet. Das kann nicht Anspruch brandenburgischer Politik sein!“ Auch wenn sich 12- bis 15-Jährige bundesweit ab dem 7. Juni ebenfalls in die Zahl der Impfwilligen einreihen dürfen: „Solange der Impfstoff Mangelware bleibt, weil der Staat keinen Eingriff in den Markt wagt oder die Produktion selbst in die Hand nimmt, müssen Arztpraxen und alle Impfwilligen den Frust wegen fehlender Impftermine ausbaden“, meint Landtagsabgeordneter Sebastian Walter.

### In dieser Ausgabe

- Zwei Grundschulen für Ahrensfelde:** Neues von Gemeindevertreterversammlung: **2**
- Bernau, Eberswalde, Werneuchen:** Vorschläge der LINKEN zum solidarischen Miteinander in der Krise. **3**
- Kreistag kompakt:** Von Schülerbeförderung bis zur Koordinierung der Pflege **4**
- Wasser ist nicht nur zum Waschen da:** DIE LINKE/Bauern initiiert Wassermanagement **4**
- Die Kinder von Golzow:** Im Choriner Ortsteil wird über die Zukunft der Kita im schönen alten Gutshaus gestritten: **5**
- Vom Winde verweht:** Können nach einem Gerichtsurteil nun überall im Barnim Windräder gebaut werden? **6**
- Arbeitsgericht Eberswalde:** Landesregierung streicht Arbeitsgerichte. **6**
- Sozialer Wohnungsbau und Mietbremsung:** Isabelle Czok-Alm, Direktkandidatin der LINKEN für den Bundestag, stellt einen 8-Punkte-Plan der LINKEN vor. **7**
- Impfpatente freigeben:** Niels-Olaf Lüders, Direktkandidat der LINKEN für den Bundestag, über die Freigabe der Patente für Corona-Impfungen. **7**

### OW Online:

immer mittwochs und sonntags

auf: [www.dielinke-barnim.de](http://www.dielinke-barnim.de)  
oder Facebook:  
[Facebook.com/dielinke.barnim](https://www.facebook.com/dielinke.barnim)



### Spendenkonto Offene Worte

DIE LINKE Barnim,  
IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29,  
BIC: WELADED1GZE;  
Verwendungszweck: Spende OW.  
Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres

# Ab Schuljahr 2022/23 zwei Grundschulen im Ort

Verschiedene Beschlüsse von Ahrensfeldes Gemeindevertretersitzung am 17. Mai

Christina Emmrich, Ahrensfelde,  
Fraktionsvorsitzende DIE LINKE

Ein Schwerpunkt ist und bleibt der Neubau der Grundschule in Lindenberg. Die Pandemie macht natürlich auch um dieses Vorhaben keinen Bogen. Etwa 14 Wochen gibt es gegenwärtig Bauverzug. Es wird große Anstrengungen aller beteiligten Firmen brauchen, um die Eröffnung für das Schuljahr 2022/23 sicher zu stellen. Davon hängt ja auch der Betrieb der künftigen weiterführenden Schule am Standort Blumberg ab. Beschlossen haben wir die Vergabe der Planungsleistungen für die Baumaßnahmen zur Schulwegsicherung. Den Zuschlag erhält ein Büro in Bernau.

Ahrensfelde hat mit dem Schuljahr 2022/23 dann zwei Grundschulstandorte in unterschiedlicher Trägerschaft. Zum einen die vierzügige in Trägerschaft der Gemeinde in Lindenberg und zum anderen die zweizügige in Blumberg in Trägerschaft des Landkreises. Deshalb müssen beide, Landkreis und Gemeinde, Schulbezirkssatzungen erlassen, in denen festgelegt wird, welche Kinder aus welchem Ortsteil eine der beiden

Schulen besuchen. Diese müssen natürlich aufeinander abgestimmt sein. Die Verwaltung hat für die Grundschule in Lindenberg einen Vorschlag unterbreitet, der nun in diversen Gremien diskutiert wird.

Gerade das Thema Schule zeigt, welch langen Vorlauf die Schaffung der sozialen Infrastruktur braucht. Deshalb ist es wichtig, künftige Baugelände auszuweisen und auf dieser Grundlage erforderliche KiTa- und Schulplätze rechtzeitig zu schaffen.

Die Gemeinde hat für diese Entwicklung zwei wichtige Instrumente. Das ist zum einen die wohnungspolitische Umsetzungsstrategie, die die Gemeindevertretung 2019 beschlossen hatte. Dazu kommt das Achsenentwicklungskonzept Ahrensfelde-Werneuchen, das sich in der zweiten Phase der Erarbeitung befindet. Beide Dokumente bieten viel Raum für Diskussionen, die sich letztlich auf die Frage zuspitzen „Wie und wo will die Gemeinde wachsen?“. Die Antwort darauf ist sehr unterschiedlich und auch in unserer Fraktion nicht einheitlich. Ich gehöre zu den Befürworterinnen eines Wachstums, das im Einklang mit Natur und Umwelt er-



Neubau der Schule im Ahrensfelder Ortsteil Lindenberg: Die Planung für die Schulwegsicherung übernimmt nun ein Bernauer Büro. Foto: F. Müller

folgt. Und für mich ist der Ausbau der Infrastruktur im Vorfeld Bedingung. In den kommenden Wochen werden die Ortsbeiräte und natürlich die Gemeindevertretung die Diskussion weiterführen und auch unsere Fraktion wird dies tun.

Auch im Umwelt- und Naturschutz tut sich einiges. Mich freut, dass die Planungen für die Renaturierung der Wuhle im Ortsteil Eiche abgeschlossen sind. Die erforderlichen

Mittel dafür kommen aus dem Ökopol des Landkreises.

Beschlossen haben wir den Beitritt in den Verein „Initiative Wriezener Bahn e. V.“, der die Wiederinbetriebnahme der 1999 zwischen Werneuchen und Wriezen still gelegten Bahnverbindung nach Berlin erreichen will. Damit würden auch Ahrensfelde, Werneuchen und Tiefensee von der weiter führenden Bahnstrecke profitieren können.

## Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste willkommen.

**Aufgrund der Corona-Pandemie können Termine kurzfristig abgesagt oder verschoben werden. Bitte informieren Sie sich vorab.**

**Kreisvorstand:** zurzeit nur Online, per Videokonferenz, Kontakt: info@dielinke-barnim.de

**Links-Eck Eberswalde:** Heegermühler Str. 14, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-236987, Mail: eberswalde@dielinke-barnim.de

**Bürgerzentrum Bernau:** Berliner Str. 17, 16321 Bernau, Tel.: 03338-5881, Mail: bernau@dielinke-barnim.de

**Regionalgruppe Cuba sí:** E-Mail: bernau@cuba-si.org **[solid]:** E-Mail: solid-barnim@web.de

**Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten Sebastian Walter:**

Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489 im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: buero.sebastian.walter@mdl.brandenburg.de, Mo: 9 bis 16 Uhr, Do: 10 bis 17 Uhr

**Fraktionen und Ortsverbände in den Städten und Gemeinden:**

**Kreistagsfraktion:** Tel.: 03334-236986 E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de. Die Kreistagsfraktion der LINKEN trifft sich zurzeit nur Online. Anfragen bitte über die E-Mail-Adresse. Kreistag: 23. Juni, 17 Uhr, Stadthalle Eberswalde

**Eberswalde:** Stadtvorstand, Kontakt: im Links-Eck Eberswalde, Heegermühler Straße 15.

Stadtfraktion: Sitzungen zurzeit nur Online. Anfragen bitte an Tel.: 03334-236987, E-Mail: Eberswalde-fraktion@dielinke-barnim.de; Stadtverordnetenversammlung: 22. Juni, 18 Uhr, Stadthalle „Hufeisenfabrik, Am Alten Walzwerk 1, Eberswalde

**Bernau bei Berlin:** Stadtvorstand: 1. Montag im Monat, 18 Uhr im Bürgerzentrum Bernau;

Stadtfraktion: Sitzungen zurzeit nur Online, Kontakt per E-Mail: fraktion-bernau@dielinke-barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251; Stadtverordnetenversammlung: 16. Juni, 16 Uhr, Rathaus Bernau, Bürgermeisterstraße 1

**Panketal:** Ortsverband: Mail: panketal@dielinke-barnim.de; Fraktion, Kontakt:

ines@pukall.eu, Fraktionssitzungen: 10. August,

Gemeindevertretersitzung: 15. Juni, 19 Uhr, Rathaus Panketal

**Wandlitz:** Ortsverband: Tel.: 0178-9700577; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de; Fraktionssitzung: 4. Februar, Gemeindevertretersitzung: entfällt im Juni

**Werneuchen:** Tel.: 0173-2478237; Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de;

Fraktionssitzung: 15. Juni, 20. Juli (vorerst online) Stadtverordnetenversammlung: 22. Juli, 19 Uhr, Adlersaal

**Ahrensfelde:** Tel.: 0173-2478237, Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de;

Fraktionssitzung: 17. Juni, 17 Uhr, voraussichtlich online, Gemeindevertretersitzung: 21. Juni, 17 Uhr im Großen Saal des Ortsteilzentrums Ahrensfelde

**Biesenthal:** Ortsverband: Mail: biesenthal@dielinke-barnim.de; Fraktionssitzungen: 15. und 29. Juni, 19 Uhr (vorerst online), Stadtverordnetenversammlung: 17. Juni, 19 Uhr, Grundschule am Pfefferberg, Bahnhofstraße 9-12

**Schorfheide:** Ortsverband: jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Monis Mühlenbistro, Hauptstraße 129, 16244 Finowfurt, Gemeindevertretersitzung: 16. Juni, 19 Uhr, Aula der Schule Finowfurt

**Chorin:** Gemeindevertretung: 24. Juni, Rathaus Britz, Saal

## Impressum

**Herausgeber:**

Virtuelle AG Offene Worte  
der LINKEN Barnim &  
Kreistagsfraktion der LINKEN

**Kontakt:** DIE LINKE Barnim,  
Heegermühler Straße 15,  
16225 Eberswalde,  
Tel.: 03334-22026,  
Fax: 03334-385489

**E-Mail:**

offeneworte@dielinke-barnim.de

**Redaktion:** Petra Bochow (pb),  
Berit Christoffers (bc), Birgit  
Hoplitschek (hop), Klaus Kleinmann  
(kk), Wolfgang Krafczyk (wk), Lutz  
Kupitz (lk), Margitta Mächtigt (mm),  
Hans-Jürgen Müller (hjm), Sebastian  
Walter (ViSDP/sw), Bärbel Mierau (bm),  
Christel Zillmann (cz)

**Druck:** Druckerei Gottschalk

**Auflage:** 21.000

**nächster Redaktionsschluss:**

9. August 2021

**nächster Erscheinungstermin:**

25. August

**Online-Ausgaben:** mittwochs und sonntags auf www.dielinke-barnim.de

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingesandter Zuschriften und kann diese Sinn während kürzen.

**download als pdf-Datei:**

www.dielinke-barnim.de

alle archivierten Zeitungen vorhanden.

Direkt: QR-Code:





# Mit Corona leben?

Wie die Politik das möglich machen könnte, zeigt die Linksfraktion in Bernau

Von Matthias Holz,  
Stadtverordneter Bernau

Covid-19 scheint für den Moment etwas von seinem Schrecken zu verlieren: Durch die Impfungen gehen die Todesfälle zurück, wir sind wieder mehr draußen, das reduziert das Ansteckungsrisiko und führt zu einem leichten Durchatmen. Stellt sich also die Frage, wie man weitermachen möchte. Wie sieht ein Leben mit einem Virus aus, das nicht einfach verschwinden wird?

Für die Linksfraktion in Bernau muss solch eine Antwort zwei Punkte enthalten. Einerseits müssen Menschen, Vereine, Unternehmen oder andere Institutionen, die unverschuldet durch die Pandemie in eine finanzielle Notlage geraten sind, aufgefangen werden. Andererseits sind alle Schutzmaßnahmen regelmäßig auf

ihre Wirksamkeit zu überprüfen und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen auszurichten.

In Bernau ist auf Initiative der LINKEN ein Solidarfonds für Vereine geschaffen worden, der, wie oben beschrieben, Vereine vor dem finanziellen Ruin bewahren soll. Ein weiterer Punkt war ein Eilantrag der Fraktion

**Alle Schutzmaßnahmen regelmäßig überprüfen.**

der LINKEN, der eine Anordnung des Landkreises umgehen sollte, die die Veranstaltungsreihe „Musik im Korb“ untersagt hatte. „Musik im Korb“ ist eine Veranstaltungsreihe, die den Wochenmarkt musikalisch begleiten und damit attraktiver machen sollte. Gleichzeitig war es eine der wenigen Möglichkeiten für Künstler:innen aus der Region, aufzutreten und ein Einkommen zu erzielen. Die Untersagung der Veranstaltung ist rechtlich

richtig, da, während die Musiker spielen, Menschen aus unterschiedlichen Haushalten zusammenkommen und sich diese anschauen. Aber hier kommt der angesprochene Ansatz ins Spiel, dass alle Schutzmaßnahmen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen sind und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgerichtet werden müssen. Durch Studien von Aerosolforschern weiß man mittlerweile, dass außerhalb von geschlossenen

Räumen kaum Ansteckungen passieren. Weshalb „Musik im Korb“ deshalb bei Abstand und mit Maske nicht möglich sein soll, man aber mit unzähligen Kolleg:innen in den Versandhallen von Amazon, im Großraumbüro, Werkhallen oder in Schlachtereibetrieben arbeiten kann, das versteht dann kein Mensch mehr. Der Antrag, die Untersagung von „Musik im Korb“ zu umgehen, fand



Fotos dieser Seite: Pixabay

**Ob Sport oder Kultur: In Bernau gibt es einen Solidarfonds für Vereine.**

in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung leider keine Mehrheit. DIE LINKE wird trotzdem weiterhin Wege suchen, um das Leben mit dem Virus zu ermöglichen.

# Eberswalde solidarisch

Warmes Essen für Bedürftige und Aufträge für die Gastronomie

Von Katharina Walter,  
Stadtverordnete Eberswalde

Die versprochenen Wirtschaftshilfen kommen zu spät bei den Gastronomen:innen an und die Ärmsten der Gesellschaft warten in vielerlei Hinsicht bis heute auf Unterstützung. Das ist die bittere Realität und Folge der Politik von Bundes- und Landesregierung. Dass es auch anders geht, zeigt sich in Eberswalde.

einrichtung Buckow e.V. oder dem Dietrich-Bonhoeffer-Haus verteilt werden konnten. Durch diese Initiative konnte Menschen in sozialer und finanzieller Not mit einem kostenfreien Mittagessen ausgeholfen werden, gleichzeitig erzielten die Gastronomiebetriebe den nötigen Umsatz, um zu überleben.

Die Aktion zeigt, wie praktische Solidarität vor Ort aussehen kann, erhielt von allen Beteiligten viel Zuspruch und wurde von vielen Eberswalder:innen dankend in Anspruch genommen.

Die Idee sollte einmalig sein, jedoch sind die Probleme seit über einem Jahr die gleichen. Daher beantragten die Fraktionen DIE LINKE und CDU kurzerhand, neben einem Hilfsfonds für ehrenamtlich tätige Vereine, weitere 25.000 Euro im Haushalt einzustellen, um eine zweite Auflage der Aktion zu ermöglichen.

Diese wurde nun vom 17. bis 28. Mai umgesetzt. Nicht zuletzt auch dank vieler ehrenamtlicher Unterstützer:innen beim Transport und bei der Verteilung der Essen. Die Finanzierung erfolgte aus den Geldern des städtischen Haushaltes als Teil des Maßnahmenpakets „Eberswalde handelt – einfach, wirksam, hilfreich“.



**LINKE: Dem einem hilft das Essen, der anderen die Einnahme.**

Ende des vergangenen Jahres entstand in der Eberswalder Stadtpolitik die Idee für das Projekt „Eberswalde genießen – Gastro bleibt“. Die Aktion wurde im Dezember 2020 erstmals durchgeführt. Über 20 gastronomische Betriebe nahmen daran teil, sodass täglich bis zu 200 warme Mahlzeiten durch diverse Ausgabestellen wie der Suppenküche des Vereins „Brot & Hoffnung e.V.“, dem „Spreewaldcafé“ der Bildungs-

# Werneuchen für Ehrenamt

LINKE in Werneuchen wollen Aufbau einer Ehrenamtsagentur vorantreiben

Von Alexander Horn,  
Stadtverordneter Werneuchen

Eine Ehrenamtsagentur möchte DIE LINKE gern in Werneuchen einrichten. Deshalb liegt ein entsprechender Antrag der Fraktion der Stadtverordnetenversammlung am 3. Juni zur Beschlussfassung vor. Wird der positiv entschieden, hat die Stadtverwaltung den Auftrag, mit der Hoffnungsthaler Stiftung Lobetal Gespräche für eine Außenstelle der bereits in Ahrensfelde etablierten Ehrenamtsagentur zu führen.

Die bisher etablierten Ehrenamtsagenturen im Barnim in Eberswalde, Bernau, Wandlitz und Ahrensfelde koordinieren Angebote für ehrenamtliche Tätigkeit mit Suchanfragen für ehrenamtliche Angebote. Außerdem können sie beratend zur Seite stehen.

Das Ehrenamt ist eine Voraussetzung für viele ältere hilfsbedürftige Menschen, ihr Leben lebenswerter zu gestalten. Auch Familien mit Kindern, Sport- und Kulturvereine suchen oft ganz spezielle Unterstützung. In einer Gesellschaft, wo im Beruf stehende Menschen kaum noch Zeit für die eigenen Bedürfnisse haben, werden andere schnell vergessen. Deshalb ist es besonders wichtig, Menschen, die ihre Zeit anderen Menschen schenken wollen, eine Ver-

mittlungsplattform und eine zentrale Anlaufstelle anzubieten.

Werneuchen wächst stetig. Viele Einwohner:innen oder auch Vereine wünschen sich Unterstützung. Auf der anderen Seite wollen sich viele Einwohner:innen ehrenamtlich engagieren. Es fehlen jedoch oft Informationen, welche Möglichkeiten es gibt bzw. wohin man sich wenden kann. Eine zentrale Anlaufstelle für alle vereinfacht das Mitmachen. In einer



**LINKE: Unterstützung im Alltag.**

Stadt mit über 9.000 Einwohner:innen bietet dieses eine große Chance für alle. Das wollen wir nutzen.

Sollten Verhandlungen mit der Hoffnungsthaler Stiftung Lobetal nicht zum Ergebnis führen, wollen wir das Thema aber nicht aufgeben. Dann müssen wir in der Stadt eigene Voraussetzungen für eine Vermittlungsstelle für ehrenamtliche Helfer schaffen.



Von Lutz Kupitz, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE/Bauern im Kreistag Barnim

Es ist absehbar, dass sich die Pandemie auf die öffentlichen Haushalte erst ab dem Jahr 2023 auswirkt. Deshalb spricht sich die Fraktion LINKE/Bauern dafür aus, den Kreishaushalt erstmal nur für 2022 aufzustellen. Die inhaltlichen Schwerpunkte dafür diskutieren wir gerade, auch wenn der Haushalt erst im Dezember zur Beschlussfassung steht.

Nach bisherigem Stand wird der Kreis mit einer guten Finanzausstattung ins kommende Jahr gehen, offenbar wird es noch keine pandemiebedingten Einschnitte geben. Aber die Lebenssituation der Bürger:innen hat sich im letzten Jahr verändert. Nicht nur die wirtschaftlichen, sondern vor allem auch die sozialen Auswirkungen der Pandemie müssen weiter im Blick bleiben. Deshalb setzt die Fraktion LINKE/Bauern folgende Schwerpunkte für künftige Ausgaben:

1. keine Kürzungen bei den sogenannten freiwilligen Ausgaben
2. bedarfsgerechte Entwicklung der Schullandschaft, insbesondere der Neubau von Schulen in Verantwortung des Kreises
3. Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), einschließlich der Unterstützung der kreislichen Barnimer Busgesellschaft
4. Fortführung der kreislichen Unterstützung für die ländlichen Räume

### Kreisumlage und kreisliche Investitionen

Aufgrund der derzeitigen guten finanziellen Situation des Landkreises wäre eine Absenkung der Kreisum-

# Kreistag kompakt

Zwischen den Kreistagsberatungen bereitet die Fraktion DIE LINKE/Bauern Entscheidungen vor.

lage möglich. Mit dieser beteiligen sich alle Städte und Gemeinden des Barnim an Leistungen, die der Kreis finanziert und von den Kommunen genutzt werden, zum Beispiel bei der Kinderbetreuung. Das solidarische Miteinander der Kommunen bleibt für uns wesentlich. Gleichzeitig wollen wir, dass der Kreis in die Schulentwicklung und die damit in unmittelbarem Zusammenhang stehende Verbesserung des Schülerverkehrs stark investiert. Das kommt auch den Bürger:innen in den Kommunen unmittelbar zu Gute. Das spricht gegen eine Absenkung der Kreisumlage. Andererseits wollen sich LINKE/Bauern einer moderaten Senkung nicht entgegenstellen. Wir wollen dies gemeinsam mit den Städten und Gemeinden debattieren.

### Pflege koordinieren

Ursprünglich war für den nächsten Kreistag die Verabschiedung eines kreislichen Pflegestrukturbedarfsplanes vorgesehen. Damit soll ermittelt werden, welche ambulanten und stationären Pflegestrukturen im Barnim notwendig sind und wie sie kommunal koordiniert werden können. Ein erster umfangreicher Entwurf wurde jetzt vorgelegt, Stellungnahmen von Trägern abgefordert. Seit dem Beschluss



des Kreistages zur Vorlage eines solchen Planes im Dezember 2019 haben sich jedoch die Rahmenbedingungen wesentlich verändert. Das wurde in Gesprächen zum Beispiel mit dem Seniorenbeirat deutlich. Es ergeben sich vor allem neue Möglichkeiten zur Förderung kommunaler Projekte durch den „Pakt für Pflege“, der von der Landesregierung aufgelegt wurde. Dafür ist die Einbeziehung der Kommunen dringend nötig. Dort werden die Angebote realisiert, entweder von Städten und Gemeinden selbst oder durch die örtlichen Träger. Der Kreis selbst muss hier seine koordinierende Funktion wahrnehmen. Diese reicht von der Pflegeberatung bis hin zur Unterstützung der Vernetzung von stationärer und Tagespflege. Deshalb

beschloss der Sozialausschuss des Kreises auf Antrag der LINKEN/Bauern, die Zeit für die Stellungnahmen bis zum 30. Juni zu verlängern.

### Schülerbeförderung

Erste Beschlüsse in Bezug auf den ÖPNV soll es aber schon zum nächsten Kreistag am 23. Juni geben. Der vom letzten Kreistag in den Wirtschaftsausschuss überwiesene gemeinsame Antrag unserer Fraktion mit den Grünen zur Schülerbeförderung wurde überarbeitet und steht zum nächsten Kreistag zur Abstimmung. Damit sollen bisher bestehende Regelungen über Mindestentfernungen für eine beitragsfreie Schülerbeförderung ab dem Schuljahr 2022/2023 abgeschafft werden. Außerdem soll die Kreisverwaltung beauftragt werden zu prüfen, ob und zu welchen Konditionen eine Ausweitung der beitragsfreien bzw. beitragsreduzierten Nutzung des ÖPNV für Schüler:innen außerhalb des Schulweges im Gebiet des Landkreises möglich ist. Hier steht vor allem die Landesregierung in der Pflicht, das bereits im vergangenen Jahr zugesagte Gutachten dazu endlich vorzulegen.

Überlegt wird auch, die Barnimer Busgesellschaft bei der Beschaffung neuer Fahrzeuge finanziell zu unterstützen.



**LINKE: Stationäre und ambulante Pflege koordinieren**

## Wasser ist nicht nur zum Waschen da

Uckermark/Barnim zählen zu den trockensten Regionen in Deutschland. Deshalb hat DIE LINKE/Bauern ein Wassermanagement in unserer Region initiiert.

Von Ralf Christoffers, Kreistagsabgeordneter

Die letzten trockenen Jahre haben deutlich gemacht, wie wichtig es ist, dass wir uns mit der Ressource „Wasser“ beschäftigen. Die Fraktion LINKE/Bauern im Kreistag hat deshalb Ende letzten Jahres dazu einen fraktionsübergreifenden Antrag initiiert. Durch die Kreisverwaltung Barnim ist auf dieser Grundlage eine Arbeitsgruppe gebildet worden. Die Wasserbehörde des Kreises sowie Vertreter der Barnimer Wasserverbände bestimmen nun, wieviel Grundwasser und in welcher Qualität zur Verfügung steht. Der Endbericht dazu wird im Juni vorliegen.

Klar ist bereits: Grundsätzlich ist die Menge und die Beschaffenheit des Grundwassers im Landkreis ausreichend, um die Versorgung mit Trink- und Brauchwasser sicherzustellen.

Um zu gewährleisten, dass die benötigten Wassermengen entsprechend der Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung im Barnim überall verfügbar sind, werden Szenarien erarbeitet, um diese Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge zu erfüllen. Dazu gehören zum Beispiel der Einsatz neuer Leitungen, Kooperationen von Verbänden, Abstimmungen zu Standorten von Tiefbrunnen.



**Reicht unser Grundwasser? Ist es da, wo wir es brauchen?**

Der Barnim und die Uckermark zählen mit einer Niederschlagsmenge von 450 bis 650 Millimetern zu den trockensten Regionen Deutschlands. Der Rückhalt von Wasser in der Landschaft ist daher eine Zukunftsaufgabe. Aufbauend auf eine Untersuchung aus dem Jahr 2013 hat die Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim (RPG) ein Modellprojekt zum Rückhalt von Wasser in der Landschaft sowie zur Begrenzung von Wind- und Wassererosion beschlossen. Die Untersuchung von 2013 war Bestandteil eines bundesweiten geförderten Projektes, in das die Region Barnim-Uckermark sowie die gesamte Lausitz einbezogen waren. Ein Teilprojekt beinhaltete die Erfassung von Daten über den Umweltzustand von Flächen in der RPG. Aus diesen Daten können flächenbezogene Maßnahmen zur Identifizierung von natürlichen und technischen Vorhaben für einen

erhöhten Wasserrückhalt in der der Region generiert werden. Dazu haben die RPG, die beiden Kreisverwaltungen und die Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNE) eine Analyse von Standorttypen, die sich zum natürlichen Wasserrückhalt eignen, beauftragt. Beantwortet werden sollen Fragen wie: Kann eine Minimierung des Überflutungsrisikos in Siedlungen bei Starkregen erfolgen? Welche Auswirkungen hat das Projekt auf die gegenwärtige Nutzungsart der Flächen? Sind Kompensationsleistungen für Eigentümer erforderlich?

Das Ergebnis soll Ende des Jahres vorliegen und in die aktuellen Klimaprognosen eingebunden werden. Danach kann über die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen diskutiert, Kompensationen und Ausgleichsmaßnahmen erwogen und Bundes- und Landesprogramme geprüft werden. Fotos dieser Seite: bc (2), Pixabay



# Die Zukunft der Kinder von Golzow

Das ehemalige Gutshaus Golzow im gleichnamigen Choriner Ortsteil beherbergt die Kita „Zauberlinde“. Die Gemeindevertretung entschied sich am 27. Mai für den Verkauf des Gebäudes. DIE LINKE wollte kommunales Eigentum erhalten, Abhängigkeit von privaten Investoren verhindern.



Seit 45 Jahren befindet sich die Kita „Zauberlinde“ im ehemaligen Gutshaus Golzow. Hier geht es um die nächste Generation, um die Kinder, wie in der gleichnamigen filmischen Studie eines anderen Golzow.



Rückansicht des kulturhistorisch wertvollen Feldsteinziegelbaus mit dem Spielplatz der Kita. Sollen die Kinder in einen Neubau ziehen und das Gebäude für Investoren räumen? Fotos: N. Conrad

Was wird aus der Golzower Kita „Zauberlinde“? Diese Frage beschäftigt die Choriner Gemeindevertreter:innen und die Einwohner:innen des Ortsteils Golzow seit mehr als einem halben Jahr. Die „Zauberlinde“ befindet sich seit über 45 Jahren im ehemaligen Gutshaus Golzow – was für eine wunderbare öffentliche Nutzung ehemaligen repräsentativen wie exklusiven Privatbesitzes. Seitdem ist der ortsbildprägende kulturhistorisch wertvolle Feldsteinziegelbau durchgehend Heimstätte der Golzower Kinder, wohlgermerkt auch nach der politischen Wende in kommunaler Trägerschaft durch das heutige Amt Britz-Chorin-Oderberg. Der Großteil der heutigen Golzower Einwohner:innen hat seine Kindheitsjahre in diesem schönen Haus unweit des denkmalgeschützten neogotischen Kirchenensembles verbracht.

Nun jedoch steht die Zukunft des Gebäudes auf dem Spiel. Seit mehreren Monaten wird in der Gemeindevertretung über die Zukunft der Kita „Zauberlinde“ und zugleich des kommunalen Eigentums an diesem respektablen Haus diskutiert.

## Teure Sanierung?

Seitdem der letzte Mieter im Frühjahr 2015 ausgezogen ist, steht das Dachgeschoss leer. Aus dieser Zeit stammt auch der Beschluss der Gemeinde, das Dachgeschoss mit drei Wohneinheiten wieder zu ertüchtigen. 2018 wurde zudem beschlossen, die im Erdgeschoss befindliche Kita moderat umzugestalten (Sozialraum für das Personal, Behinderten-WC, barrierefreier Zugang), eine entsprechende Baugenehmigung wurde 2020 erteilt. Doch plötzlich kam alles anders.

Im Juni 2020 kommt es zu einem kleinen, abgegrenzten Deckeneinbruch in der Kita, der auf Zwischendeckenschäden infolge von Wassereintrich und Schädlingsbefall zurückgeführt und bautechnisch gesichert wurde. Gleichwohl folgert man daraus, sicher nicht ganz zu unrecht, dass hier Handlungsbedarf besteht.

In einer aktualisierten Kostenaufstellung kommt die Verwaltung am 15.10.2020 auf neue Baukosten von insgesamt 1,4 Millionen Euro. Der Umbau des Dachgeschosses zu Wohnzwecken schlägt plötzlich mit 945.000 Euro zu Buche, was die erste Schätzung von vor 6 Jahren um mehr als das Doppelte übersteigt. Ab November 2020 wird der Tenor in der Verwaltung schärfer, der Bauzustand des ehemaligen Gutshauses wird überraschend als desolat beschrieben.

## Interessierte Privatinvestoren.

Und ganz plötzlich deutet sich eine Lösung für alle Probleme an. An die Verwaltung und den Bürgermeister seien Privatinvestoren herangetreten. Es seien Angebote unterbreitet worden, zum einen, eine neue Kita für Golzow zu bauen, zum anderen das ehemalige Gutshaus zu privatisieren und für die Kita zu ertüchtigen. Nun ist doch alles so einfach, es geht doch um die Kinder, heißt es. Die Gemeinde hat keine Kosten, die sie nicht aufbringen kann. Die Verwaltung ist entlastet. Und vor allem: Es kann alles wunderbar schnell gehen!

## Gutshaus verkaufen und eine Kita anmieten?

In der Folge konzentriert sich die Diskussion der Gemeindevertreter:innen auf drei Varianten, von de-

nen bis zum jetzigen Zeitpunkt zwei konkurrieren. Die Kita soll nach jetzigem Stand im Gutshaus verbleiben, fraglich ist bislang nur: Saniert die Gemeinde oder verkauft sie das Haus und mietet sich ein?

Diese Optionen wurden insbesondere unter den Kriterien Kosten und Zeithorizont der Umsetzbarkeit beleuchtet. Hinsichtlich der Kosten ist offensichtlich, dass sich ein Verkauf kurzfristig positiv in der Haushaltsbilanz niederschlägt. Für den Verkauf lägen Angebote im unteren sechsstelligen Bereich vor. Langfristig gesehen jedoch – das leuchtet jedem privaten Eigenheimbesitzer ein – ist es günstiger das Gebäude zu sanieren, als sich auf Dauer in ein fremsaniertes Gebäude einzumieten.

Für die Sanierung aus Gemeindehand wären Fördermittel notwendig, für deren Akquise rechnet die Verwaltung aus eigener Erfahrung mit etwa 2,5 Jahren, Baubeginn könnte damit im Jahr 2024 sein. Würde das Gebäude verkauft werden, wäre mit einem Baubeginn noch im nächsten Jahr zu rechnen. Nach längeren Diskussionen hat sich die Verwaltung dazu entschlossen, einen Baustatiker mit der Prüfung der Zwischendecke zu beauftragen, um die Sicherheit bzw. die Restnutzungsdauer des Gebäudes zu taxieren. Diese Prüfung relativiert damit das zweite betrachtete Kriterium.

## LINKE: Kommunales Eigentum erhalten.

Bei all den Diskussionen wurde die Bedeutung von kommunalem Eigentum aus Sicht der Gemeindevertreter der LINKEN bislang sträflich vernachlässigt bzw. unterbewertet. Der Amtsdirektor J. Matthes vernein-

te in der jüngsten Sitzung des Ortsbeirates Golzow sogar explizit ein Interesse der Verwaltung am fortbestehenden gemeindlichen Eigentum des Gebäudes. Das sehen wir anders! Eigentum bedeutet Entscheidungs- und Gestaltungshoheit in Bezug auf die Sache. Gibt die Gemeinde das ehemalige Gutshaus Golzow aus der Hand, macht sie sich abhängig von den Vorstellungen und Vorgaben eines privaten Eigentümers. Es geht um die Zukunft der Kinder von Golzow. Diese Kinder werden einmal groß und haben ein Recht auf eine lebenswerte Zukunft, die mit einer vorhandenen öffentlichen Infrastruktur einhergeht.

## „Weg ist weg!“

Die Gemeinde Chorin hat sich in ähnlicher Weise in den letzten Jahren bereits von der „Alten Schule“ in Senftenhütte und dem Gemeindehaus in Neuehütte getrennt und den berechtigten Unmut eines Großteils der Bürger:innen auf sich gezogen. Stoppt diesen Prozess, erhält kommunales Eigentum, denn: Weg ist weg!

Am 27. Mai entschied die Gemeindevertretung nun mit 9 zu 4 Stimmen, das Gebäude zum Verkauf auszuschreiben. Ein Antrag der LINKEN auf Erhalt des kommunalen Eigentums und ein Antrag der Grünen, der Erbbaupacht als Kompromiss vorschlug, wurden im gleichen Stimmverhältnis abgelehnt.

Der Autor, Dr. Nico Conrad (LINKE), ist Mitglied der Gemeindevertretung Chorin.





# Vom Winde verweht

Nach einem Gerichtsurteil müssen schnell neue Kriterien für den Aufbau von Windrädern her – sonst können sie überall gebaut werden.

Von Ralf Christoffers (LINKE)  
Regionale Planungsgemeinschaft  
Uckermark-Barnim

Der „Teilplan Wind“ der Regionalen Planungsgemeinschaft (RPG) Uckermark-Barnim wurde am 2. März durch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Brandenburg (OVG) für unwirksam erklärt. Dabei ging es nicht um inhaltliche Klagegründe von Kommunen und Windfirmen (die einen klagten für die Reduzierung von Windflächen, andere für die Erweiterung). Es ging allein um formale Gründe. So wurde der „Windplan“ unwirksam, weil bei seiner öffentlichen Auslegung schriftliche Stellungnahmen gefordert waren. Das könne Personen benachteiligen, die keine schriftliche Stellungnahme abgeben wollen oder können. Beanstandet wurde vom Gericht auch, dass die Genehmigungsbehörde des Landes im Beschluss des „Windplanes“ einen Satz gestrichen hatte – und danach der Gesamtplan nicht noch einmal öffentlich ausgelegt wurde. Aus den gleichen Gründen sind auch „Teilpläne Wind“ anderer RPG für nichtig erklärt worden.

## Baut jetzt jeder wo er will?

Man kann Gerichtsurteile unterschiedlich bewerten, aber ein Urteil ist ein Urteil und muss umgesetzt werden. Dies hat nun jedoch völlig ande-



Windräder in Ahrensfelde, Ortsteil Lindenberg, links: Neubau der Grundschule. Foto: F. Müller

re Folgen als die Kläger ursprünglich erwartet haben: Denn nun gilt das Bundesbaugesetz uneingeschränkt, das heißt: Windräder können überall ohne Einschränkungen gebaut werden. Inzwischen liegen bei den Kommunen Anträge auf Errichtung von Windkraftanlagen vor, die diese jetzt in Eigenregie bearbeiten müssen.

Eigentlich hat der „Windplan“ einer RPG die Funktion, Flächen für eine Windnutzung auszuweisen und sie damit auch zu begrenzen. Es sollen nur besonders geeignete Gebiete bebaut werden. In der RPG Uckermark-Barnim waren das im nun ungültigen „Windplan“ etwa 2 Prozent der Gesamtfläche beider Landkreise.

Die Ausweisung von Flächen ist immer mit intensiven Debatten verbunden und zu einem Dauerkonflikt zwischen Klimaschutz, Artenschutz und Schutz von Siedlungen und Landschaften geworden.

## Zwei Jahre Pause möglich?

In Brandenburg gilt als gesetzliche Grundlage das Regionalplanungsgesetz, das die Rot-Rote Koalition 2018 verabschiedet hatte. Danach ist es unter bestimmten Bedingungen möglich, dass ein Moratorium in Kraft gesetzt wird, wonach 2 Jahre lang generell keine Windkraftanlagen gebaut werden dürfen. Zwei Bedingungen dafür sind bereits erfüllt: Ein Urteil des OVG liegt vor, ein Planverfah-

ren ist eingeleitet. Aber es fehlt noch die dritte Voraussetzung: Die Verabschiedung von neuen Kriterien für die Windplanung und deren Veröffentlichung. Daran arbeitet die RPG nun unter Hochdruck. Dabei geht nicht um eine Ausweitung bestehender Windflächen, sondern um den Erhalt der Flächen sowie um die Aufstellung (weniger) neuer Anlagen in bisher ausgewiesenen Flächen. Wasser- und Naturschutzgebiete, Siedlungsabstände, Artenschutz sollen dabei berücksichtigt werden. Diese Auswahl macht das Konfliktpotenzial deutlich.

Genehmigungsfähig sind die Pläne nur, wenn sie den Interessen der Kommunen und Bürger:innen entsprechen. Das ist ein weites Feld. Wenn jetzt zum Beispiel von BVB/Freie Wähler Anträge vorgelegt werden, die einen umfassenden Rückbau und in der Konsequenz eine Verhinderung der Windkraftnutzung zur Folge hätten, könnte dies die Aufstellung eines neuen „Windplanes“ verhindern. Damit gäbe es weiterhin keinen gültigen Regionalplan – und damit wäre der Wildwuchs von Windrädern in der Region möglich.

## Neue Kriterien: 1.000-Meter-Siedlungsabstand

Andererseits bietet ein neuer Kriterienkatalog neue Möglichkeiten. Zum Beispiel sind einige Ortsteile Angermündes vom Kurortgesetz des

Landes erfasst und könnten deshalb besonderen Schutz erhalten. Richtig wäre auch festzulegen, dass der Abstand eines Windrades zur nächsten Wohnbebauung 1.000 Meter betragen muss. Diese Regelung wurde 2012 in einer Bürgerbeteiligung gewünscht. Sie konnte auf Grund fehlender bundesgesetzlicher Regelungen zwar nicht gesetzlich verankert werden, wird in Brandenburg aber empfohlen. Seit 2020 sind die Bundesländer berechtigt, sie umzusetzen. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass die Brandenburger Landesregierung davon derzeit keinen Gebrauch macht. Aber in einem neuen Kriterienkatalog der RPG könnte sie aufgenommen werden.

## Weniger Windkraftanlagen

Solche neuen Kriterien werden zu einer Verringerung der ausgewiesenen Flächen für Windkraftanlagen führen, aber das bestehende Konfliktpotenzial minimieren. Im Juni tagt die Regionalversammlung der RPG. Ich hoffe, dass es dort eine Entscheidung gibt, um die bestehende Situation zu beenden. Denn auch mit dem im Mai neu beschlossenen Klimaschutzgesetz des Bundes könnte es neue Anforderungen an den Ausbau der Windkraft geben. Deshalb ist es wichtig, in der RPG Uckermark-Barnim so schnell wie möglich einen Kriterienkatalog zur Nutzung der Windkraft zu haben.

# Arbeitsgerichte in Brandenburg werden zusammen gestrichen

Eberswalde erhält zwar eine „Außenkammer“, aber Arbeitnehmer:innen drohen landesweit weitere Wege



Sebastian Walter vor dem Arbeitsgericht in Eberswalde: DIE LINKE stritt für den Erhalt der Arbeitsgerichte in Brandenburg.  
Foto: privat

Von Sebastian Walter, Eberswalde  
Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE im Landtag

Noch einmal hat es DIE LINKE im Brandenburger Landtag versucht, die Arbeitsgerichte im Land zu erhalten: Mit einer dritten Lesung am 20. Mai, mit einer namentlichen Abstimmung durch die Abgeordneten.

Aber es hat nichts genützt: SPD, CDU und Grüne haben entschieden, dass es künftig nur noch vier Gerichte in den Städten Brandenburg, Cottbus, Frankfurt/O. und Neuruppin geben soll, die sich speziell mit Arbeitsrecht beschäftigen. Die Gerichte in Pots-

dam und Eberswalde sowie die Cottbuser Außenstelle Senftenberg sollen schließen. Dafür sollen Gerichtstage für arbeitsgerichtliche Streitigkeiten an den Amtsgerichten eingeführt werden. In Eberswalde soll es eine Außenkammer geben. Das ist für unsere Region zwar gut, weil im Barnim ursprünglich auch nur noch Gerichtstage statt finden sollten. Aber Brandenburg wird nun das einzige Bundesland sein, in dessen Landeshauptstadt es kein Arbeitsgericht mehr gibt. Für unserer Flächenland ist es kein gutes Zeichen, wenn Arbeitnehmer:innen lange Wege zurück legen müssen, um ihre Rechte einzuklagen.



# Wohnen ist ein Grundrecht, keine Ware

DIE LINKE: 8-Punkte-Plan für bezahlbare Mieten

Von Isabelle Czok-Alm

Auch im Barnim steigen in immer mehr Orten die Mieten. Es wird schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Auch viele Normalverdiener:innen finden keine bezahlbare Wohnung mehr – Menschen mit weniger Einkommen erst recht nicht.

Die Mieten sind in den letzten Jahren viel stärker gestiegen als Einkommen. Manche Menschen benötigen schon bis zur Hälfte ihres Einkommens für das Wohnen. Es gibt zu wenig Anreize für Investoren, Wohnungen zu bauen, behaupten konservative Parteien und die Immobilienlobby. Dabei liegt die wirklich zentrale Ursache steigender Mieten in der Spekulation mit Boden, mit Grundstücken und Häusern. Mit Wohnungen spekulieren finanzstarke Konzerne an der Börse. Deshalb brauchen wir eine Spekulationsbremse, um den Handel

mit Betongold zu unterbinden. Wohnen ist ein Grundrecht, keine Ware. Der Bund ist zuständig zum Beispiel für eine Mietenbremse, nur deshalb wurde sie in Berlin vom Verfassungsgericht gekippt. Die Bundesregierung aber versagt bei der Lösung der Mietprobleme.

DIE LINKE im Bundestag hat einen Plan vorgestellt, um dauerhaft bezahlbare Mieten zu schaffen. Denn sozialen Wohnungsbau gibt es kaum noch, er wird nun erst langsam wieder aufgenommen. Heute gibt es noch rund eine Million Sozialwohnungen deutschlandweit. Der Bedarf liegt um vier Millionen höher. Zudem fallen jedes Jahr mindestens 80.000 Sozialwohnungen aus noch vorhandenen Mietpreisbindungen, mehr als dreimal so viele wie derzeit neu gebaut werden. So wird die Lücke zwischen Bedarf und Bestand immer größer.

Ohne Neubau ist keine soziale

Wohnungspolitik zu machen. Zwar gibt es einen Bauboom, doch ist nur ein geringer Anteil der Neubauten für Durchschnittsverdienende bezahlbar. Auch

das Baukindergeld oder Sonderabschreibungen sind ein zu geringer Beitrag. Deshalb brauchen wir ein öffentliches Wohnungsbauprogramm in Höhe von jährlich 10 Milliarden Euro. Damit könnten 250.000 Sozialwohnungen mit dauerhaften Mietpreis- und Belegungsbindungen sowie weitere 130.000 Wohnungen im kommunalen, genossenschaftlichen oder gemeinwohlorientierten Eigentum geschaffen werden (siehe Übersicht). In vier Jahren würden so 1,5 Millionen Wohnungen mit dauerhaft günstigen Mieten entstehen. Das würde den geschätzten Bedarf decken.

Künftig muss der Grundsatz gelten: einmal gefördert, immer gebunden. Und: In den letzten 20 Jahren wurden hunderttausende Wohnungen der öffentlichen Hand privatisiert. Städte und Kommunen könnten mithilfe eines Rekommunalisierungsfonds öffentliche Wohnungsbestände sowie Grund und Boden für künftigen Wohnungsneubau erwerben. Außerdem brauchen die Gemeinden ein gesetzliches preislimitiertes Vorkaufsrecht. Es muss eine Alternative zum privatwirtschaftlichen Wohnungsmarkt geschaffen werden. Anstelle der herrschenden Profitlogik setzt DIE LINKE auf eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit.

Ergänzt werden muss ein Woh-

nungsbauprogramm durch Mieten-deckel und Mietobergrenzen, durch Konzepte gegen die Verdrängung, gegen Wohnungslosigkeit, für Boden in Gemeinschaftshand und gegen Spekulation durch eine Stärkung der Mieter:innenrechte und mit höherem Wohngeld und Bezahlung der Kosten der Unterkunft im Sozialgesetzbuch.

Das komplette Konzept finden Sie auf: <https://www.miete-bezahlbar.de/hintergrund/> oder direkt:



Foto: privat

Isabelle Czok-Alm kandidiert im Wahlkreis 57 (Oberbarnim/Uckermark) für den Bundestag, Kontakt per E-Mail: [czok-alm@dielinke-barnim.de](mailto:czok-alm@dielinke-barnim.de)



# Die Pandemie kann nur global bekämpft werden

LINKE: Pharmakonzerne müssen freie Patente anbieten/Erster Schritt dazu im Europaparlament erfolgt.

Von Niels-Olaf Lüders

Am 19. Mai hat eine Mehrheit des Europäischen Parlaments für einen Antrag der Linksfraktion gestimmt, die Patentrechte auf Corona-Impfstoffe in der Zeit der Pandemie auszusetzen. Dies ist ein erster Schritt, im Juni wird sich das EU-Parlament grundsätzlich zur Patentfreigabe auf Covid-19-Impfstoffe, Technologie- und Know-how-Weitergabe entscheiden müssen.

Niemand wird ernsthaft bezweifeln, dass eine weltweite Pandemie auch nur weltweit und gemeinsam bekämpft werden kann. Das ist eine medizinische Notwendigkeit, weil sonst irgendwo auf der Welt Mutationen entstehen werden, die alles wieder von vorn beginnen lassen. Es ist aber auch ein Gebot der Menschlichkeit. Dieser Aspekt sollte bei der Impfstoffbeschaffung nicht gänzlich unter die Räder kommen.

Die Bundesrepublik lehnt bisher hingegen den Antrag mehrerer Staaten ab, bei der Welthandelsorganisation (WTO), eine Freigabe der Patente für Impfstoffe zur Bekämpfung der



Pandemie zu erreichen. Die Vertreter Deutschlands stellen sich damit unter anderem auch gegen die sehr vernünftigen Bestrebungen vieler internationaler Organisationen, darunter die UN-Menschenrechtskommission, die UNESCO und die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Die Begründung lautet im Gleichklang mit den Vertretern der Pharmalobby, es stehe zu befürchten, dass „Firmen möglicherweise nicht bereit seien, eine solche ‚außerordentliche Leistung‘ wie jetzt erneut zu erbringen, wenn man ihnen sage, dass in einer Pandemie der Schutz des geistigen Eigentums nicht mehr gelte“. Im Klartext: Die Motivation mit der staatlich stark subventionierten und daher eigentlich

Gebt die Patente frei!

Aufruf unterschreiben auf: <https://www.dielinke.de/mitmachen/linksaktiv/impfpatente-frei>

oder direkt:



schon ganz gut bezahlten Forschung, viele Menschenleben zu retten, würde den Pharmakonzernen nicht genügen. Auch Prämien und Entschädigungen für die Hergabe der Patente wären kein ausreichender Trost. Es müssen schon Profite sein. Sonst machen die beim nächsten Mal womöglich nicht mehr mit bei der Rettung von Menschenleben. Schon klar, liebe Bundesregierung, solche (gut bezahlten!) Einschränkungen des Profitstrebens kann man den Pharmakonzernen nicht zumuten. Gleichzeitig mutet aber dieselbe Bundesregierung ihren Bürger:innen ganz erhebliche Einschränkungen von Grundrechten zu. Der Ruin vieler Unternehmen des Mittelstands und vieler Selbständiger

wird billigend in Kauf genommen. Lohnabhängige erleiden teilweise existenzgefährdende Einbußen. Kinder und Jugendliche werden um ihre Chancen gebracht. Studenten können nicht richtig studieren. Alte Menschen werden sozial isoliert. Die Kultur liegt am Boden. Man muss eben Prioritäten setzen, nicht wahr, liebe Bundesregierung?

Während der Pandemie geht es nicht darum, die „heilige Kuh“ des Patentschutzes für Pharmariesen zu debattieren, sondern weltweit gemeinsam alle loslegen zu lassen, die Impfstoffe produzieren könnten.



Foto: privat

Niels-Olaf Lüders (LINKE) kandidiert im Wahlkreis 59 (Niederbarnim/Märkisch-Oderland) für den Bundestag

## Frauen- geschichte(n) Fasia Jansen



Juni

Von Gisela Zimmermann

Fasia Jansen – eine deutsche politische Liedermacherin und Friedensaktivistin – wurde am 06.06.1929 als uneheliche Tochter des liberianischen Generalkonsuls Massaquoi und des deutschen Zimmermädchens Elli Jansen in Hamburg geboren. Sie wuchs im Hamburger Arbeiterviertel Rothenburgsort auf und erlebte schon früh Hänseleien und Ausgrenzung aufgrund ihrer Hautfarbe und ihrer unehelichen Geburt. In der Zeit des Nationalsozialismus erfuhr sie die Probleme eines offensichtlich „nichtarischen“ Menschen. Josephine Baker war ihr Idol. Sie träumte von einem Leben mit Musik und Tanz. Dieser Traum wurde trotz ihres Talents zunichte gemacht als sie mit 11 Jahren die Tanzschule aufgrund ihrer Hautfarbe verlassen musste. Fasia wurde 3 Jahre später „dienstverpflichtet“. Die Brutalität der SS und das Leiden der Häftlinge, das sie während ihrer Arbeit in einer Suppenküche, die auch das KZ Neuengamme bei Hamburg belieferte, erlebte, waren prägend für ihr weiteres Leben. Nach dem Krieg widmete sie sich wieder der Musik, sang in einem Hamburger Chor und trat mit eigenen Liedern auf. 1956 zog sie nach Oberhausen, trat bei zahlreichen Ostermärschen auf, spielte sowohl bei den großen Streiks vor den Werkstoren von Krupp, Hoesch oder Thyssen als auch bei der Weltfrauenkonferenz der UNO in Nairobi. Ihre Auftritte hatten immer wieder Strafbefehle wegen Volksverhetzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt zur Folge. Die Angebote großer Plattenlabels, die sie mit ihrer beeindruckenden Stimme vermarkten wollten, nahm sie nicht wahr. Ihr Hauptthema blieb: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Frieden, Freiheit, Gleichheit – auch der Hautfarben. 1991 wurde sie mit dem Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland geehrt. Fasia litt an einer chronischen Herzkrankheit. Am 29.12.1997 starb sie in Oberhausen.

## Leserpost zu „Neue Ticketmodelle blockiert“ „Ich habe mein Monatsticket gekündigt“

In der Online-Ausgabe vom 19. Mai veröffentlichte OW unter dem Titel „Neue Ticket-Modelle blockiert“ eine Information der Brandenburger Landtagsfraktion der LINKEN. Danach blockiert die Landesregierung aus CDU, SPD und Grünen neue Tarifmodelle für die Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg, die geändertes Nutzungsverhalten zum Beispiel in der Kombination mit Home-Office berücksichtigen. In anderen Verkehrsverbunden gibt es bundesweit bereits viele Angebote.

Dazu schrieb uns Leserin  
Regine Hartwig aus Eberswalde:

Auch ich gehöre zu den Pendlern, die vor der Pandemie jeden Tag nach Berlin gefahren sind. Jetzt muss ich maximal an zwei Tagen der Woche zum Büro kommen. An den anderen Tagen arbeite ich mobil an meinem Wohnort.

Mein Monatsticket habe ich gekündigt. Jetzt kaufe ich mir jeweils ein Tagesticket oder fahre mit dem Auto. Das kommt immer noch billiger als das Monatsticket. Schade, dass es da noch keine Ermäßigung oder andere Möglichkeiten zur Kosteneinsparung für uns gibt.

Ich fahre jetzt schon seit 2014 mit den Öffentlichen zur Arbeit. Leider ist es auf Grund von umfangreichen Bauarbeiten an der Bahnstrecke zu vielen Beeinträchtigungen gekommen. Ich habe noch nie eine Gutschrift oder andere Wiedergutmachung für diese Unannehmlichkeiten wie Verspätungen, Zugausfälle, Umwege mit längerer Bahnfahrt und ähnliches erhalten; immer den vollen Monatspreis gezahlt, auch in der Urlaubszeit. Das ist auch nicht als kundenfreundlich zu bewerten...

## Preisrätsel

Str.15, 16225 Eberswalde oder E-mail: [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de);

**Preis dieser Ausgabe:** Ein Jahresabo des „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

**Gewinner:in der März-April-Ausgabe:** Ein Jahresabo des „Eulenspiegel“ geht an: R. Dieckmann, Melchow

**Waagrecht:** 1. Mitgefühl, 5. dünner Zweig, 8. Schabefleisch, 10. Abk. f. Satellitenempfänger, 12. Papagei, 13. Kloster, 14. ehem. großer See in Zentralasien, 16. Pferdegangart, 18. span.: bravo, 19. Weinranke, 21. oxidiertes Eisen, 23. Urlaubsfahrt, 25. Teil d. Beines, 26. Ölpflanze, 29. Gartengerät, 30. Pflanzenteil, 31. Flachland, 34. Salzgewinnungsanlage, 37. griech. Göttin d. Weisheit, 40. saugende Strömung, 41. Haft, 44. Konzentrat, 48. Wursthaut, 50. griech. Buchstabe, 53. Eiland, 54. griech. Schutzgöttin, 55. Verkehrsmittel, 57. Fischfanggerät, 58. Planet, 60. bäuer. Bedienstete, 62. Volk in Osteuropa bis ins 13. Jh., 63. Not, 65. einfältig, 68. Nebenfluss d. Saale, 69. latein.: Sache, 71. rhein./niederdt.: Fels, 72. span.: Turm, 73. span. Maler (1541-1614), 74. Stichwaffe

**Senkrecht:** 1. erzgebirg. Talsperre, 2. Oper v. Donizetti, 3. griech. Buchstabe, 4. Singvogel, 5. Beerdigungsstelle, 6. Vorratsschädling, 7. Auslese, 9. Stadt im Kyffhäuserkreis, 11. Schiff Jasons, 15. Gerät zum Messen der Wassertiefe, 17. Opernlied, 19. Überbleibsel, 20. verankerter Schwimmkörper, 21. Schachendstellung, 22. Randzone d. Sahara, 24. Hektik, 25. Meerrettich, 27. rechter Nebenfluss d. Seine, 28. weibl. Bühnenrolle, 30. zusammengehörige Dinge, 32. Erste, 33. Metallstift, 35. dichter.: Adler, 36. franz.: Insel, 38. tschech. Reformator (1369-1415), 39. folglich, 41. bibl. Stammvater, 42. Ölpflanze, 43. belg. Kurort, 45. philos. Begriff, 46. Speisender, 47. Berliner Milieumaler (1858-1929), 49. geolog. Abt. d. Jura, 51. röm. Mondgöttin, 52. Kochstelle, 55. weiße Bevölkerungsgruppe Südafrikas, 56. dt. Dichter (1744-1803), 58. franz.: Osten, 59. Schachfigur, 60. beherzt, 61. niederländ. Aufständischer während d. 80-jährigen Krieges, 63. Tochter d. Titanen Koios, 64. Ausweglosigkeit, 66. poln. Lanzenreiter, 67. Maßeinheit d. Digitaltechnik, 70. dt. Kfz-Kennzeichen, Landkreis Wunsiedel



## DIE LINKE Barnim live

Freitags, 19 Uhr: Zuschauen oder mitmachen auf Twitch!

Von Matthias Holz

Twitch ist ein Live-Streaming-Videoportal, das vorrangig zur Übertragung von Videospielen genutzt wird. Am 9. April hat DIE LINKE Barnim dort ihre Premiere gefeiert und gemeinsam das unter Jugendlichen beliebte Spiel „Among Us“ gespielt. Doch auf dem Kanal „DIE LINKE Barnim zockt!“ soll nicht nur gespielt werden, auch Diskussionsformate sollen ihren Platz erhalten. So ging es bisher bereits um „Amateur- und Profifußball“ oder um „Jugend und Corona“.

DIE LINKE Barnim will freitags ab 19 Uhr ein vielfältiges Programm anbieten. Infos zu den Terminen erhält man auf der Facebookseite der Barnimer LINKEN: <https://www.facebook.com/dielinke.barnim>.

Zum Kanal selbst kommt man:

<https://www.twitch.tv/dielinkebarnimzockt>

